

*Dietmar Hüser*

## Französische Parteien zwischen dem 19. und 21. Jahrhundert

### Aufbruch der Tradition und Grenzen des Wandels

„Wie die Menschen in ihrer Kindheit die Prägung für das ganze Leben erfahren, so unterliegen auch die Parteien den tiefgehenden Einflüssen ihrer Entstehungszeit“ schrieb 1951 Maurice Duverger, Gründungsvater der französischen Parteiensoziologie, einleitend in seinem Klassiker „Les partis politiques“ (Duverger 1959, 1). Für den Parteienvergleich, auch den deutsch-französischen, besagt das, zunächst die jeweiligen Begrifflichkeiten und Bedeutungszusammenhänge sowie deren Genese zu klären. Denn selbst bei korrekter Übersetzung verweisen gleiche Wörter nicht auf gleiche Realitäten, werden sie im Kontext geschichtlich bedingter, unterschiedlicher politischer Systeme und Kulturen benutzt (Seiler 1997, 206 u. 214; Wahl 1999, 7f.) Gern wird über das bemerkenswert niedrige methodische Niveau komparativ arbeitender gegenüber national orientierter empirischer Parteienforschung lamentiert oder über die bislang unbefriedigenden und wenig konsensfähigen Ergebnisse theoretischer Konzeptualisierung und Operationalisierung (Helms 1995, 642f.; Niedermayer 1996, 19f.). Weniger verbreitet, aber ebenso berechtigt, wären Klagen über den Mangel an reflektierten Kulturbarrieren und historisch-kulturwissenschaftlichem Unterfutter beim Vergleich politischer Parteien und Parteiensysteme westlicher Demokratien (Kolinsky 1991, 3f.; Hüser 1999a).

### Strukturmerkmale und Geschichtsanker

Gerade die jüngere politische Kulturforschung, die den Kulturbegriff ernst nimmt und die historische Dimension einbezieht, läßt die „eigentlichen Problemzonen im Spannungsfeld von Kultur und Politik“ (Rohe 1990, 331 u. 336ff.) ins Blickfeld geraten. Über die Inhaltsseite der Einstellungen und Werthaltungen hinaus berücksichtigt sie die Ausdrucksseite: Begriffe, Codes und Bilder, politische Gesten, Rituale und Emotionen, wie sie die politische Alltagspraxis wesentlich mitbestimmen. Sie wurzeln tief in historischen Traditionen, Weltbildern und Mentalitäten, sind über verinnerlichte Symbolsysteme zugleich kollektiv verständlich und unbewußt selbstverständlich.

Das Entschlüsseln solcher unsichtbarer Unterschiede unbewußter Besonderheiten gehört zu den vornehmsten Aufgaben vergleichender Parteienforschung, wenn es herauszuarbeiten gilt, wieso gewisse Strukturmerkmale divergieren, wieso manche Codes hier Sinn machen und dort ins Leere laufen, wieso Parteien in Deutschland und Frankreich ähnliche Systemfunktionen unterschiedlich ausfüllen (Jäger 1980). Auf der Folie bundesdeutscher Parteien und ihrer Vorläufer sollen im folgenden einige historisch fundierte Charakterzüge der französischen Entwicklung aufgezeigt werden, die bis in die jüngste Gegenwart fortwirken. Auf der Grundlage dieser eher synchronen Betrachtung folgt in einem zweiten Schritt eine eher diachrone Sicht der Dinge. Dabei wird es um die Frage nach Tradition und Wandel in den letzten Jahrzehnten gehen, nach fortwährender oder abnehmender Prägnanz parteipolitischer Spezifika in Frankreich.

### *Konfliktkultur ohne Grundkonsens*

Gut drei bis vier Jahrzehnte später als in Deutschland konstituierten sich mit Radikalsozialisten 1901 und Sozialisten 1905 moderne Parteien in Frankreich. Eine wesentliche Ursache für den Verzug lag in der Funktionsweise der respektiven Parlamente und deren Stellung im Regierungssystem. Anders als im Reichstag des Kaiserreiches, wo die konstitutionelle Verantwortungslosigkeit politischer Parteien die Ausbildung voneinander abgeschotteter sozial-moralischer Milieus (Lepsius) förderte, war in der frühen III. Republik parteipolitische Mobilisierung und Durchdringung außerhalb des Parlaments entbehrlicher. Die Deputiertenkammer zählte auf funktionstüchtige Fraktionen, die sich rasch zu hochorganisierten und effizienten Einrichtungen ausbildeten (Hudemann 1979, 252-258), ohne das individualistische Grundverständnis nationaler Souveränität prinzipiell in Frage zu stellen.

Dazu trug die phasenverschobene Nationsbildung und das unterschiedliche politische Gewicht regionaler Einflüsse in beiden Ländern beträchtlich bei. Die Vorreiterrolle und Vorbildfunktion Frankreichs als kontinentaler Nationalstaat betraf in den 1870er Jahren das politische Selbstverständnis, fand sich im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich hingegen kaum wieder. Politikrelevant war neben der nationalen die lokale Ebene mit ganz spezifischen Konflikten und Interessen. Ausgerechnet die straffe administrative Zentralisierung Frankreichs erhob ein Abgeordnetenmandat in Paris zum geeignetsten Mittel, etwas für die Heimat zu erreichen.

Auf die Ansprechpartner und Komitees im Wahlkreis kam es dabei an, regionale Zwischeninstanzen blieben anders als im Deutschland einzelstaatlicher Polit-Traditionen relativ belanglos. Nichts belegt dies besser als die Gründung der radikalsozialistischen Partei, ein Zusammenschluß von Deputierten und Senatoren mit Hunderten lokalen Ausschüssen, Freimaurerlogen, Bürgermeistern, General- und Arrondissementräten im Komitee der Rue de

Valois. Das absolute Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen stützte den Trend. Abgesehen von 1885 durchgängig bis zum Ersten Weltkrieg angewandt, förderte es direkte Bande zwischen Mandatsträgern in der Hauptstadt und Wählern vor Ort sowie die Unabhängigkeit von Provinznotabeln gegenüber etwaigen Parteiapparaten.

Einen Beitrag zugunsten früher organisatorischer Verfestigung und gesellschaftlicher Akzeptanz lieferten auch die Konfliktlagen zwischen Rechten und Linken im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts nur bedingt. Weniger sozio-ökonomisch determinierte Frontstellungen prägten das Selbstverständnis von „Ordnungs- und Bewegungspartei“ (Goguel 1958, 29) in Frankreich vorrangig. Im Vordergrund standen weiterhin die symbolbeladenen Auseinandersetzungen um Monarchie und Republik, um Klerikalismus und Laizismus, um Status quo und Fortschritt, wie sie nun seit Jahrzehnten die politische Agenda des Landes bestimmten. Damit verweisen sie über konjunkturelle politisch-institutionelle und sozio-ökonomische Konstellationen verzögerter Parteibildung hinaus auf tieferliegende Ursachenbündel. Französische Parteien, wie sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden, waren Endpunkt eines langen und komplizierten Prozesses seit 1789 (Huard 1996, 314f.).

Das Gewicht der Französischen Revolution für die nachfolgende Entwicklung läßt sich kaum überschätzen. Der doppelte Zyklus von Monarchie, Republik und autoritärer Demokratie zwischen 1789 und 1870 bot Parteien kaum Entfaltungsspielräume. Ohne einen Sockel gemeinsamer Grundüberzeugungen, ohne eine durch Konsens gedämpfte Politisierung, konnte sich eine Praxis des Regierungswechsels nicht etablieren (Braud 1996, 116). Verbunden mit Kriegsniederlage, Revolution oder Staatsstreich vollzog sich institutioneller Wandel im Rahmen neuer Regime. Zwar lassen sich deren pragmatisch-taktische Kompromiß- oder Vereinnahmungsversuche gegenüber republikanischer, monarchistischer oder bonapartistischer Herausforderung nicht leugnen. Die respektiven Oppositionskräfte empfanden sie dennoch als Tendenz zum völligen Bruch mit der Vergangenheit und sahen sich zumeist auf Aktivitäten außerhalb der bestehenden Ordnung verwiesen. Da sich keines der Regime dauerhaft fest im Sattel wähnte, war strikte Überwachung und repressives Vorgehen an der Tagesordnung, ein hohes Maß an sich wechselseitig hochschaukelnder Gewalt die Konsequenz (Hewlitt 1998, 23f.): Politische Gegner waren immer auch politische Feinde, die es zu bekämpfen und auszuschalten galt.

Unter solchen Bedingungen den Pluralismus in strukturierter Form anstatt als historisches Faktum zu denken, erwies sich als nahezu unmöglich (Rosanvallon 1998, 313). Parteienfeindschaft in der einen oder anderen Form kennzeichnete sämtliche nachrevolutionären politischen Systeme des 19. Jahrhunderts. Um als stabile und würdige Nachfolger der absoluten Monarchie gelten zu können, maßen sie sich an deren Anspruch, die nationale Einheit zu verkörpern. Doch nichts war der Philosophie des 18. Jahrhunderts fremder als die Idee der Partei. Sie stand für Religions- und Bürgerkrieg, für

Zwietracht und Sektierertum, die krasse Kehrseite universalistisch-idealistischer und missionarisch-heilbringender Botschaften (Morazé 1956, 40 u. 94f.). Die französische Souveränitäts- und Repräsentationsvorstellung, von Rousseau, später von Sieyès geformt, wies in die gleiche Richtung: Parlamentsmitglieder vertraten weder die Wahlbürger noch den Wahlkreis, sondern die Nation als Ganzes. Geradezu undenkbar, daß sich Dritte – Kirche, Verbände oder eben Parteien – herausnahmen, ein solches Mandat für sich zu reklamieren und dem Abgeordneten sein Abstimmungsverhalten zu diktieren. Erst später, etwa bei den radikalen Republikanern Mitte der 1880er Jahre, kamen Debatten darüber in Gang (Mollenhauer 1997, 140-151).

Im liberal-demokratischen Politikverständnis bildeten sich Parteien um einen ideologischen Kern herum, manchmal reichte eine „doktrinäre Laune“ (Lavau 1953, 156f.). Sie in Reinform zu kultivieren, erschien mitunter wichtiger als Effizienz oder Machterwerb. Der stetige Rekurs auf die jüngste Vergangenheit und die Symbolik von 1789 verstärkten das Gewicht dogmatischer Kontroversen (Goguel 1954, 242ff.) und die Schärfe eines Rechts-Links-Gegensatzes um historisch konstruierte, gleichwohl tief verankerte Loyalitäten und Phobien. Obwohl das Netz der Jakobinerklubs in den Revolutionsjahren erste Ansätze moderner Parteibildung offenbarte, ließ sich Politik in Frankreich danach besser mit Begriffen wie „politische Kräfte“ als mit dem Parteibegriff erfassen (Lévêque 1992, 2ff. u. 352ff.).

Nicht etwa für das Erlernen der Spielregeln von Parteiendemokratie lieferte das damalige politische Leben Anschauungsunterricht. Konstitutiver und langfristig prägender waren – neben dem beachtlichen Konfliktpotential als Basis späterer demokratischer Streitkultur – die frühzeitige Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts. Seine durchgängige kulturelle Praxis seit 1848 (Garrigou 1992, 16-19 u. 241-265), vielfach eingeübt auf Gemeindeebene seit 1831, vor allem im ländlichen Raum (Guionnet 1997, 111-125), erlaubte seit den 1870er Jahren die allmähliche Herausbildung einer elektoral breit abgestützten republikanischen Synthese gegen die Gegner des neuen Regimes (Hoffmann 1963, 29f.). Wirklich parteibildend im modernen Sinne disziplinierter Organisationen wirkte es mithin nicht. Die politische Entwicklung in Frankreich dokumentiert vielmehr die überaus komplexen Beziehungen von Wahlrechtsausweitungen, Parteientwicklung, Demokratisierung und Modernisierung.

### *Parlamentsparteien ohne Parteienstaat*

Bei aller Erosion galten und gelten deutsche Parteien als mitgliederstark und durchstrukturiert. Das Paradebeispiel, die SPD, besaß bereits im Kaiserreich einen ausgebauten Apparat mit höchst effizienter Organisation über das Parteileben hinaus. In den 70er Jahren dieses Jahrhunderts unternahm die CDU vor allem als Oppositionskraft wirksame Anstrengungen in diese Richtung

und trat endgültig aus dem Schatten des „Kanzlerwahlvereins“ heraus. Die FDP, „Partei der zweiten Wahl“ (Dittberner), professionalisierte sich verstärkt seit Ende der 70er, nach überstandem Koalitionswechsel erneut Mitte der 80er Jahre. Die Grünen, die den Liberalen die Rolle als Zünglein an der Waage im etablierten Zweieinhalb-Parteiensystem streitig machten, rangen sich 1991 zu einschneidenden Organisationsreformen durch, stärkten definitiv Parteispitze und Parlamentsfraktion. Alle vier sind finanzkräftig, verfügen über parteinahe Stiftungen und Vorfeldorganisationen sowie personalintensive Parteiapparate.

Parteien in Frankreich waren und sind strukturschwächer. Versuche, Massenparteien zu etablieren, blieben nur kurzzeitig, wie die gaullistische *Rassemblement du Peuple Français* (RPF) 1947/48, oder begrenzt erfolgreich, wie die gaullistische *Union des Démocrates pour la République* (UDR) nach 1968. Andere scheiterten völlig, wie Giscard's *Union pour la Démocratie Française* (UDF) nach 1978. Die einzig wirkliche Massenpartei war über fast drei Jahrzehnte hinweg die *Parti Communiste Français* (PCF) im Ghetto ihrer Gegenkultur (Courtois/Lazar 1995, 281-287). Geringe Organisationsgrade haben eine lange Tradition. Erneut kann ein Blick auf das 19. Jahrhundert das beständige Gewicht von Honoratioren- und Wählerparteien sowie den eher mäßigen Trend zur Massenpartei erklären helfen.

Während SPD und das katholische Zentrum im Kaiserreich aus Minderheitenpositionen heraus agierten, organisatorische Stärke und milieuverhaftete Bindungskraft angesichts von Sozialistengesetzen und Kulturkampf für beide überlebensnotwendig waren, entstanden französische Parteien aus bestehenden Institutionen heraus und – im linken Lager der III. Republik – zu deren Verteidigung. Als „Parteien elektoralen und parlamentarischen Ursprungs“ waren sie weniger zentralisiert, kohärent und diszipliniert, räumten Abgeordneten und Fraktionen, der Parlamentsarbeit und dem Regierungssystem im ganzen den höchsten Stellenwert ein (Duverger 1951, 13ff.). Im Gegensatz zum industriellen „take-off“ in Deutschland, der gewerkschaftlichen und parteipolitischen Schulterschlüssen der Industriearbeiterschaft Vorschub leistete, ließ der graduellere französische Weg in die Industriegeellschaft eine frühe disziplinierte Arbeiterpartei gar nicht erst entstehen (Haupt 1989, 80ff.; Barjot 1995, 91-98). Bürgerliche Formationen sahen sich folglich nicht unter Zugzwang, den eigenen Organisationsaufbau anzupassen und zu reformieren.

Als Schranke gegen Massenorganisationen wirkte zudem das Erbe republikanischer und bonapartistischer Antiparteienaffekte aus dem 19. Jahrhundert. Eine augenfällige Aversion bürgerlicher Notabeln gegen straff geführte und bürokratisierte Parteien auf der einen Seite, ein unter gaullistischen Vorzeichen seit 1958/62 wiederbelebtes Faible für direktdemokratisch-unmittelbare Beziehungen zwischen Wähler und Gewähltem auf der anderen Seite, erhärteten individualistische Repräsentationsvorstellungen der Franzosen und deren Argwohn gegenüber jeder Form intermediärer Organe. Bereits die

Ansätze eines stärker an disziplinierten Parteien orientierten Regimes während der tripartistischen Phase (1944-1947) der IV. Republik ließen Staatsrechtler Szenarien von Parteienstaat und Parteiendiktatur entwerfen (Burdeau 1949, 458ff.).

Ausdruck grundsätzlicher Vorbehalte gegenüber Parteien als Angelpunkten im Regierungssystem sind ferner die französischen Verfassungstexte selbst, wo sie bis 1958 überhaupt nicht auftauchen, dann auf die Teilnahme an Wahlen reduziert wurden. Der Verfassungsauftrag reichte damit viel weniger weit als der deutscher Parteien seit 1949. Laut Art. 21 GG wirken Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes mit. Das Parteiengesetz von 1967 präzisiert, daß dies auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens geschieht, und definiert konkret Aufgaben und Existenzbedingungen. Bis heute verfügt Frankreich über kein Parteiengesetz, als Vereine nach dem Gesetz vom 1. Juli 1901 verharren französische Parteien noch während der ersten drei Jahrzehnte der V. Republik ohne autonome Rechtsstellung. Vor allem in Finanzierungsfragen bewegten sie sich bis zu den gesetzlichen Regelungen ab 1988 in einem rechtlich diffusen Raum, der obskure Praktiken förmlich heraufbeschwor (Ruß 1993, 35f.).

Gering waren von vornherein die Gefahren eines „überdehnten und abgekoppelten Parteienstaates“ (Hennis). Kritik am „PS-Staat“ oder „RPR-Staat“ richtete sich nie gegen weitgehende Monopolisierung politischer Willensbildung und massive Durchdringung von Medien, Universitäten und Gerichten, von Verwaltungen aller Bereiche und Ebenen, mit „Parteibüchlern“. Da sich die Karrierewege in Politik und Spitzenverwaltung von denen der Bundesrepublik drastisch unterscheiden, sind die Grenzen für Partei(buch)herrschaft in Frankreich enger gesteckt, institutionell wie gesamtgesellschaftlich. Das bundesdeutsche Modell des Aktivisten, der die Ochsentour möglichst mit erfolgreichem Jura-Studium verbindet, galt und gilt für die französischen Verhältnisse kaum. Auch der „cursus honorum“ der III. bzw. IV. Republik mit vorheriger Verankerung als Provinznotabler, mit Ausübung eines Wahlmandats auf verschiedenen Ebenen bis hin zur Deputation in Paris, hat an Gewicht verloren.

Konstitutiver sind homogene Ausbildungs- und Rekrutierungsmechanismen über die Elitehochschulen, die *Grandes Ecoles*, über die obersten zentralen Verwaltungsbehörden, die *Grands Corps de l'Etat*, über den persönlichen Beraterstab eines Ministers, das *Cabinet ministériel*. Für die hohen Beamten in allen Bereichen sind Nähe zur Politik, ein Netz persönlicher Beziehungen und Corpsgeist grundlegendster Ausweis politischer Loyalität. Der Parteikarriere geht die Verwaltungslaufbahn auf höchster Ebene voraus. Immer häufiger folgt das Erringen eines lokalen oder regionalen Wahlmandats der Pariser Spitzenposition nach, ohne noch zwingende Voraussetzung für einen Regierungsposten zu sein. Überdies hat die Dominanz der Exekutive in der V. Republik dazu beigetragen, eine politisierte Spitzenverwaltung gegenüber den Regierungsparteien auszubauen. Die Praxis, Administration und

Ministerialkabinette aufzublähen, die Verwaltungsspitzen en bloc auszutauschen, vollzieht sich innerhalb einer für Quereinsteiger kaum durchlässigen Pariser „Politokratie“ (Bazin/Macé-Scaron 1993, I). Die anerkannte Zugehörigkeit zum engen Elitenkreis der Initiierten entscheidet Karrieremuster in erster Linie, nicht unumstrittene Kompetenz oder formale Parteibindung.

### *Familiennamen ohne Traditionsbrüche*

Geringes gesellschaftliches Ansehen der Parteien verraten die offenkundigen Bedenken gegenüber einer Selbstzuschreibung als Partei, besonders auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Nach wie vor wird „Sammlung“ oder „Kraft“, „Bewegung“ oder „Gemeinschaft“ bevorzugt, um Konnotationen als partikularistisch-faktionistische Organisationen erst gar keine Angriffsfläche zu bieten und zumindest begrifflich einen Sammlungsanspruch zu dokumentieren. Tatsächlich nämlich begünstigten der Multipartismus wie auch die Regierungspraxis der gegen parlamentarische „Parteien-Allmacht“ konstituierten V. Republik eher parteipolitische Repräsentations- als Integrationsfunktionen. Bis weit in die 70er Jahre galten Parteien als Oberflächengebilde gegenüber den „Permanenzphänomenen“ (Huard 1987, 21ff.) politischer Einstellungs- und Verhaltensmuster.

Anders als bei SPD seit 1890, FDP seit 1948 und CDU seit 1950 unterlagen französische Parteien traditionell ständigen Namensänderungen, Auflösungen, Neu- und Wiedergründungen.<sup>1</sup> Auch in der V. Republik hat sich dies nicht geändert. Unter den heute relevanten Parteien bildet einzig die 1920 gegründete PCF eine Ausnahme. Während sich die Sozialisten 1969/71 und die Radikalsozialisten 1995 erstmals in ihrer Geschichte umbenannten, erscheint dies bei den Mitte- und Rechtsparteien bis heute als üblichere Praxis. Unter den gaullistischen Parteien hält die 1976 gegründete RPR den Langlebigkeitsrekord. Ad-hoc-Wahlbündnisse zwischen kooperationsbereiten Parteien vor elektoralen Großereignissen erhöhen die Verwirrung. Ständig sieht sich der Wähler mit neuen Namen und Etiketten konfrontiert, der Beobachter mit einem kaum mehr graphisch darstellbaren Parteienpuzzle.

Nicht Parteinaamen oder -organisationen zählen in Frankreich, sondern die Tendenz, die sie repräsentieren, die Traditionen, in die sie sich einordnen und die Persönlichkeiten, die sie führen. Identifikation des Wählers bildet sich weniger gegenüber der Partei als gegenüber dem rechten oder linken Lager aus, gegenüber einer bestimmten politischen Familie bzw. deren Erben, gegenüber einer Strömung oder einem denkbaren Präsidentschaftskandidaten. Trotz aller vordergründigen Brüche und Namensänderungen sehen sich französische Parteien in tief verwurzelten ideengeschichtlich-politischen

<sup>1</sup> „Aber 'Name ist Schall und Rauch' – hier wie nirgendwo“ urteilte Paul Distelbarth über die verwirrenden, „nichts Sicheres über das wahre Wesen der Parteien“ aussagenden Bezeichnungen parlamentarischer Gruppen der späten III. Republik (Distelbarth 1939, 157f.).

Traditionen (Hazareesingh 1994, 15ff.). Auf die objektive Schnittmenge konkreter Sachpositionen kommt es angesichts des Wandels der Rahmenbedingungen im Zeitverlauf gar nicht entscheidend an, weder zwischen Legitimisten des 19. Jahrhunderts und aktuellen Rechtsextremen, Orléanisten und Giscardisten, Bonapartisten und Gaullisten, noch zwischen Sozialkatholiken und Zentristen oder laizistischem Republikanertum und Radikalen.

Auch der Rechts-Links-Gegensatz lebte nie allein von seinem realhistorischen Gehalt: Welches Lager war jemals homogen und wieviele programmatische Grundpositionen haben in den letzten beiden Jahrhunderten die Seite gewechselt (Rémond 1982, 18-34)? Dauerhafte Virulenz bezieht die Konfliktlinie aus dem affektiven Gehalt von Gedächtniskulturen, deren familiär, schulisch und medial vermittelte Ankerpunkte rechts oder links verortet werden. Die Symbole von 1789 sowie die großen Augenblicke der konfliktgeladenen Nationalgeschichte danach sind solide als rechts oder links festgeschrieben, und die Geschichtsbegeisterung vieler Franzosen tut ein übriges, um solche Erinnerungsorte und -begriffe kollektiv zu verewigen (Gauchet 1992, 457ff.). Politiker setzen sie taktisch ein, das Wahlsystem läßt den Links-Rechts-Antagonismus in geregelten Abständen wieder aufblühen. Einerseits Produkt der Geschichte, erscheint er andererseits als ein Mittel zur Komplexitätsreduktion, als ein Rationalisierungseffekt, über den sich die Dualität der Ideen und Projekte, der Interessen und Parteien steuern läßt.

Maßgeblich für Parteiorganisation, Parteiverhalten und Parteidiskurs sind demnach die subjektiven Dimensionen solcher Permanenzphänomene. Die Identifikation mit rechten oder linken Positionen, mit der einen oder anderen politischen Familie, mag noch so wenig gesellschaftlich greifbar erscheinen, sie generiert dennoch gemeinsame Verhaltensmuster und Erwartungshaltungen. Länger als die deutschen Pendanten nach dem Zweiten Weltkrieg bewahrten französische Parteien den Charakter von Weltanschauungs- und Interessenparteien, pflegten einen stärker ideologisierten Diskurs, stabilisierten damit eine fragmentierte politische Kultur. Dies verringerte den gesamtgesellschaftlichen Integrationsbedarf nach innen und die Bedeutung umfassender ausgebildeter Parteiapparate, erhöhte freilich den milieuverhafteten Repräsentationsbedarf nach außen. Ein gewisser Trend zur Volkspartei – bei aller schichtenübergreifenden Breitenwirkung des Gaullismus unter de Gaulle – ließ sich erst in den 80er Jahren feststellen, zu einem Zeitpunkt als sie in der Bundesrepublik wieder als „ratlose Riesen“ (Wildenmann) in die Kritik gerieten.

## Umbrüche mit Konstanten

Parteien in Frankreich und Parteien in Deutschland lassen sich nicht vorbehaltlos gleichsetzen. Die synchrone Perspektive erlaubt, einige wesentliche Unterschiede und deren historisch bedingte Ursachen aufzuzeigen. Um über solche Tiefenstrukturen hinaus Veränderungen im Zeitverlauf zu erkennen, bedarf es ergänzend einer stärker diachronen Betrachtung. Aspekte des programmatischen, organisatorischen und politisch-praktischen Wandels sollten nicht blind machen für tieferliegende Bestimmungsfaktoren, für die *forces profondes* von (Partei-)Politik in Frankreich. Umgekehrt dürfen politische-kulturelle Besonderheiten nicht den Blick verstellen für Anpassungsprozesse unter den beschleunigt modifizierten Rahmenbedingungen der Zeit. Dazu im folgenden einige Gedanken und Fragen.

Stets hat sich die Debatte über Tradition und Wandel auf die Frage nach parteipolitischer Meinungsführerschaft, nach dem Verhältnis von Parteien und Personen gerichtet. „Niemals hat es in Frankreich eine allgemeine und dauerhafte Parteiorganisation zur Lenkung elektoraler und parlamentarischer Aktivitäten gegeben. Abgesehen von der sozialistischen Partei (...) und der kommunistischen Partei (...) präsentiert sich jeder Kandidat in seinem Namen, wählt sein Etikett, redigiert sein Programm, unterhält seine Lokalzeitung, finanziert seine Kampagne; bestenfalls läßt er sich durch zeitweilige Wahlkreiskomitees vor Ort unterstützen“, schrieb nach den Parlamentswahlen von April 1928 der damals vierundsiebzigjährige Historiker Charles Seignobos (Seignobos 1934, 309f.).

Was hat sich seitdem getan? Läßt sich überzeugend argumentieren, wie schon in der III. und IV. habe sich auch in der V. Republik der Hang zum Personalismus als Strukturmerkmal der Parteien durchgesetzt (Zadra 1997a, 697; 1997b, 142)? Sind sie letztlich reduzierbar auf das Bild vereinnahmter Karrierevehikel politischer Führungspersönlichkeiten auf dem Weg in den Elysée-Palast (Cross 1997, 59)? Andererseits, selbst wenn ein modifiziertes Selbstverständnis und Handeln der Parteien in den letzten Jahren dagegen spräche, schimmerte darin bereits umrißhaft eine „Transformation der politischen Kultur“ durch (Stephan 1998a, 518)? Oder wären nicht inmitten der Pole die Vielschichtigkeit aktueller Veränderungen zwischen Aufbruch der Tradition und Grenzen des Wandels zu betonen?

## Parteien und Personen

Daß Politik in Frankreich einen hohen Personalisierungsgrad aufweist, daß er – trotz der durchschlagenden Medienwirkung in sämtlichen westlichen Demokratien – in französischen Parteien verglichen mit deutschen offensichtlicher zum Tragen kommt, wird niemand bestreiten wollen. Immer sehen sich

parteipolitische Führungskräfte in Frankreich auch vor der Aufgabe, über eine Personalisierung von Politik die wechselnden Bezeichnungen der ungeliebten Parteien vergessen zu machen und die emotionalen Bindungen zwischen den Menschen und den politischen Familien und Temperamenten zu erhöhen.

Daneben dienen allseits in Medien und Öffentlichkeit präsente Meinungsführer zur Kennzeichnung innerparteilicher Strömungen. Teils mehr, teils weniger institutionalisiert, schaffen sie Identifikations- und Mobilisierungsangebote, erlauben Wählern und Anhängern, Mitgliedern und Mandatsträgern, sich im parteiinternen Spektrum zurechtzufinden und zu positionieren. Zugleich besteht die Gefahr, daß es nicht mehr gelingt, spezifisch personalisierte Formen innerparteilicher Demokratie überhaupt noch plausibel nach außen zu tragen.<sup>2</sup> Rasch entsteht der Eindruck mangelnder Geschlossenheit, sind dem Bürger Sachprobleme hinter Personaldebatten kaum mehr glaubhaft zu vermitteln. Der sozialistische Parteitag in Rennes vom März 1990 kann als ein Paradebeispiel solch langfristig wirksamer medienvermittelter Bilder parteipolitischer Diadochenkämpfe gelten. Und auch die öffentlichen Reibereien zwischen gaullistischen Leitfiguren der späten 80er und der 90er Jahre stellten die RPR immer wieder vor Zerreißenproben.

Parteiabspaltungen oder -zusammenschlüsse sind fast durchgängig die Konsequenz persönlicher Entscheidungen politischer Spitzenkräfte und deren Beraterstäbe. Dies spricht für die hohe Personalisierung französischer Politik, nicht zwangsläufig gegen das Gewicht der Parteien im politischen Leben. Wichtige Neugründungen der letzten Jahrzehnte, auf der Rechten wie auf der Linken, verdeutlichen dies: die giscardistischen Formationen, die *Républicains Indépendants* (RI) 1962, die *Parti Républicain* (PR) 1977 und die *Union pour la Démocratie Française* (UDF) 1978, dann Mitterrands Übernahme der SFIO 1969/71 und deren Umbenennung in *Parti Socialiste* (PS), schließlich Chiracs Versuch, mit der *Rassemblement pour la République* (RPR) 1976 an den Sammlungscharakter der frühen RPF anzuknüpfen. Der endgültige politische Generationswechsel in die Ära nach de Gaulle vollzog sich konkret und symbolisch über Parteibildungen.<sup>3</sup>

Fraglos befördert der Modus für die Legislativ- bzw. Präsidentschaftswahlen den Trend zur Personalisierung ungemain. Beim absoluten Mehr-

2 Der Tradition der SFIO verpflichtet, werden die Führungsorgane der PS beispielsweise bis hinauf zum Exekutivbüro proportional zu den Delegiertenstimmen besetzt, die beim Parteitag auf die Leitanträge (*motions*) der Strömungen (*courants*) und deren Wortführer (*chefs de fil*) entfallen.

3 Ein über Parteibildung implementierter Generationswechsel läßt sich für die 90er Jahre nicht erkennen. Auch die selbsternannten zwölf Erneuerer der Rechten, die *rénovateurs*, blieben 1988/89 innerhalb der etablierten Strukturen. Zwei, François Bayrou und – zumindest zeitweise – Philippe Séguin, haben sich an Parteispitzen durchkämpfen können, einer, Charles Million, gründete mit *La Droite* 1998 eher unfreiwillig eine eigene Bewegung nach der kompromittierenden Wahl zum Regionalratspräsidenten in Rhône-Alpes mit Stimmen der FN.

heitswahlrecht entscheidet sich der Wähler nicht für eine zuvor parteiintern aufgestellte nationale Liste, sondern für einen bestimmten Kandidaten, der sich in seinem Wahlkreis um den Sitz in der Nationalversammlung bewirbt. Für den Gewinn solcher Einer-Wahlkreise ist die lokale Verankerung des Anwärters mehr als ein elektorales Plus. *Parachutages*, d. h. Kandidatendiktate der Pariser Zentrale gegen den Willen der Parteigremien vor Ort, sind unbeliebt und entfachen zumeist harsche Konflikte.

Am Wahlabend sind alle Gewählten als Repräsentanten und Identifikationsfiguren „ihres“ Wahlkreises mehrfach in den nationalen und regionalen Fernsehkanälen zu sehen, mit Photo, aber auch mit dem Parteiwappen. Denn für jeden Kandidaten, der nicht bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen und mehr als ein Viertel der eingeschriebenen Wähler hinter sich gebracht hat oder an der Hürde von 12,5 Prozent der Eingeschriebenen gescheitert ist, sind im zweiten Wahlgang Absprachen und Allianzen das Nonplusultra des Erfolgs. Verantwortlich dafür sind die Parteistäbe in Paris. Und ohne vorherige Klärung mit den Zentralen wären auch die knapp zwanzig bis über vierzig Abgeordneten der Metropole, die als „Verschiedene Rechte“ / „Verschiedene Linke“ (*divers droite / divers gauche*) in Nationalversammlungen der 80er und 90er Jahre einzogen, dort als „Angeschlossene“ (*apparentés*) dieser oder jener Parlamentsgruppe oder als Fraktionslose (*non-inscrits*) firmierten (Angaben nach Lancelot 1998, passim), nicht dorthin gelangt.

Als ähnlich ambivalent erweist sich die Position der Parteien in Präsidentschaftswahlkämpfen. Einerseits dürfen sie nicht zu sehr im Rampenlicht stehen, tritt doch der Bewerber als Staatsbürger-Kandidat (*candidat-citoyen*) an, nicht als Parteikandidat (*candidat-partisan*). Andererseits wird niemand Präsident, der nicht eine der möglichen Regierungsparteien im Rücken hat. Daran knüpfen sich über die Wahlen hinaus Erwartungen. Potentiell siegreiche *présidentiables* bieten immer auch Projektionsflächen für Interessen, Ambitionen und Einflußchancen der jeweiligen Gesamtparteien, die nicht einfach Opfer eines Kandidaten sind, sondern selbst Akteure. Die Abhängigkeitsverhältnisse sind wechselseitiger Natur, wie zwischen „Reiter und Pferd, gleichgesinnt in Anspruch, Anstrengung und Ausgang der Konkurrenz“ (Charlot 1994, 104). Nicht ohne Grund waren, abgesehen von Juppé 1995 bis 1997, alle ersten Premierminister der Präsidenten der V. Republik – Debré für de Gaulle, Chaban-Delmas für Pompidou, Chirac für Giscard, Mauroy bzw. Rocard für Mitterrand – weniger persönliche Wunschkandidaten der Wahlsieger als Unterpfände gegenüber den sie unterstützenden Partei(strömungen).

Das Hervorbringen eines glaubwürdigen Präsidentschaftskandidaten spiegelt in der V. Republik eine existentielle Funktion französischer Parteien mit berechtigten Regierungsambitionen wider. Eine Formation, die – wie die UDF 1995 – niemanden aus den eigenen Reihen vorzuweisen hat, gilt unweigerlich als Partei in der Krise. Präsidentschaftswahlen sind die absoluten Hö-

hepunkte des politischen Lebens, an denen sich alles andere ausrichtet. Sieben Jahre lang beschäftigen sie die Parteien, die *présidentiabiles*, die, die sich dafür halten, und die Medien. Sie strukturieren wesentlich politische Diskurse und politisches Handeln. Urnengänge auf anderen Ebenen sind immer auch Etappen langfristig angelegter Strategien für die *présidentielles*. Die Legislativwahlen von 1993, als sich ein provinzreisender Chirac mit der Erfahrung der Kohabitation 1986/88 und dem Blick auf 1995 vorzugsweise der Kontemplation hingab und Bürgernähe demonstrierte, sind ein letztes Beispiel präsidentieller Vorhutgefechte eventueller Kandidaten. Aber wäre es nicht gleichwohl „eine Illusion, (...) in der Politik nichts anderes mehr zu sehen als ein mehr oder weniger lächerliches Rennen um das Präsidentenamt?“ (Abélès 1991, 11).

#### IV. Republik und V. Republik

Bei aller Relevanz sind die Parteien weit davon entfernt, sich selbst ausschließlich über Meinungsführer und Präsidentschaftskandidaten zu definieren, zumal sie sich organisatorisch in der Ära Mitterrand eher gestärkt haben. Der „Aufschwung des lokalen Gaullismus“ und die Notabilisierung der RPR in den 80er Jahren waren maßgebliche Gründe ihres Überlebens über Machtverlust und Krisen hinweg (Knapp 1996, 619ff. u. 826ff.). Kaum denkbar wären Konsolidierung und Nationalisierung der FN-Wählerschaft auf hohem Niveau gewesen ohne „die Reformanstrengungen und das Eliten-Lifting“, ohne das Bemühen um eine tragfähige Wahlkampf- und Parteiorganisation (Christadler 1995, 295f.). Das Bewußtsein für den Nutzen effizienterer, strafferer Apparate hat alles in allem zugenommen, folglich das Selbstbewußtsein der Partei gegenüber den Leitfiguren. Krisen an der Spitze, wie bei den Sozialisten Anfang der 90er Jahre, ließen sich bewältigen, einseitige Vereinnahmungen durch Führungskräfte stießen auf erhöhte parteiinterne Eigenständigkeit (Stephan 1998a, 511, 520f. u. 524).

Unter schwierigen Rahmenbedingungen sind französische Parteien dem – gewiß nicht besonders weitreichenden – konstitutionellen Auftrag von 1958 entwachsen. Das Tätigkeitsfeld beschränkt sich nicht auf Wahlaktivitäten im engeren Sinn, sondern umfaßt zusätzliche Aufgaben, wie sie etwa das bundesdeutsche Parteiengesetz umschreibt: Mitgestaltung der öffentlichen Meinung, Anregung und Vertiefung politischer Bildung, Aktivierung der Bürger, Heranbildung von Führungspersonal, Kandidatenaufstellung und -auslese, Einflußnahme in Parlament und Regierung und Vermittlung zwischen Volk und Staatsorganen.<sup>4</sup> Gemessen an der III. und IV. Republik hat die Wahrnehmung solcher Funktionen nicht nur die „Parteien als soziale Organisationen“ (Steffani) gefestigt, sondern auch die Institutionen. Dennoch stellt

4 Vgl. den Beitrag von Christine Pütz in diesem Band.

sich das Bild weiter kontrastreich dar, stehen Neues, Althergebrachtes oder Gegenläufiges nebeneinander, wenn nach Stärke und Schwäche französischer Parteien, nach Stabilität und Instabilität von Parteien- und Regierungssystem gefragt wird.

Die Stabilität der V. Republik und die Wertschätzung der Franzosen für die Institutionen sind nicht zu leugnende Realitäten (Kempf 1997a, 22f.). Daß sich mit François Mitterrand 1981 ein sozialistischer Staatspräsident auf die gaullistisch geprägten Kompetenzen, Symbole und Rituale eines Regimes einließ (Abélès 1997, 258-270), das er seit 1958 als bonapartistisch-autoritär oder als „permanenten Staatsstreich“ gezeißelt hatte, bedeutete einen immensen Legitimationsgewinn. Es bestand die Nagelproben der Wechsel präsidentieller bzw. parlamentarischer Mehrheitsverhältnisse, der *grandes* bzw. *petites alternances*. Systemoppositionelle Parteien maßen sich gar nicht erst an, ähnlich wie Kommunisten und Gaullisten Ende der 40er Jahre, das Regierungssystem an den Rand des Zusammenbruchs zu führen. Verglichen mit den „Deputiertenrepubliken“ springt selbst bei konträren Mehrheiten von Präsident und Parlament seine Stabilität ins Auge. Im Verhältnis zu den Jahren 1958 bis 1981 hat sich die Lebensdauer der nachfolgenden Regierungen indessen verkürzt: für sieben Premierminister, die de Gaulle, Pompidou und Giscard eingesetzt hatten, brauchte Mitterrand ganze zwei Amtsperioden.

An Bedeutung gewonnen haben die Parteien dort, wo die institutionellen Vorgaben die Entfaltung am offenkundigsten hemmen, im Parlament.<sup>5</sup> Angeichts konkordanter präsidentieller und parlamentarischer Mehrheiten zwischen 1958 und 1986 blieben sie weit von unmittelbarer Machtausübung entfernt. Ausdruck einer „(Über-)Reaktion“ (Kimmel 1983, 306) auf das Parteienregime zuvor, sahen sie sich nach 1958 eingeklemmt zwischen exekutiver Dominanz und politisierter Spitzenverwaltung, beschränkt auf bescheidene parlamentarische Ausdrucks- und Kontrollmöglichkeiten. Prägnant waren sie festgelegt auf die Rolle als Mehrheitsbeschaffer, ohne effektiv in die Regierungsarbeit eingebunden zu sein. Trotz des engen verfassungsrechtlichen Korsetts im „rationalisierten Parlamentarismus“ hat dennoch die Zusammenarbeit zwischen Präsident und Premierminister verschiedener Couleur die Aussichten auf parteipolitische Mitwirkung tendenziell verbessert. Der „neutralisierte Präsidentialismus“ der Kohabitation (Duhamel 1993, 41ff.) bietet die Chance, vermehrt über Regierungsprogramm und -personal mitzubestimmen, und kommt – wengleich nur in dieser Konstellation – dem „Typus der Parteienregierung“ durchaus nahe (Schäfer 1989, 287ff.; Jun 1995, 152f. u. 156f.).

Ein Mehr an Konstanz und Berechenbarkeit signalisiert die nahezu generalisierte Fraktionsdisziplin in der Nationalversammlung. Durch die Regierung Pompidou auf den Weg gebracht, um das Abstimmungsverhalten gaullistischer Abgeordneter zu überwachen, stieg sie von 43 Prozent zwischen

5 Vgl. auch den Beitrag von Uwe Jun in diesem Band.

1958 und 1962 bis 1978 auf fast 100 Prozent an (Duverger 1985, 486ff.). Das Selbstverständnis des Deputierten hat sich fundamental gewandelt. Viel mehr als früher verdankt er sein Mandat der Partei, was Verpflichtungen einschließt, sehr viel weniger sieht er eine seiner – geradezu staatsbürgerlichen – Aufgaben in der Abwehr exekutiver Projekte und der Lähmung staatlichen Handelns. Damit hat der Wähler gegenüber der III. und IV. Republik, gegenüber Abgeordneten, die während der Legislaturperioden allein über Kabinette und Koalitionen bestimmten, grundsätzlich an Einfluß auf die Regierungspolitik gewonnen. Offen liegen die Karten auf dem Tisch, wer mit wem Wahlabsprachen getroffen hat, wer mit wem im Falle eines Sieges regieren kann. Die Legislativwahlen 1997 erinnerten fast an deutsche oder britische Gegebenheiten, als die Rechte zwischen den Urnengängen Séguin als designierten Premierminister im Falle des Sieges präsentierte und Jospin gegenüberstellte.

Begrenzt wird die erhöhte Tragweite des Wahlzettels jedoch nicht nur dadurch, daß selbst bei unveränderten Mehrheitsverhältnissen radikale Kurswechsel, wie der Übergang von der wirtschaftlichen Ankurbelungs- zur Austeritätspolitik 1982/83, grundsätzlich nicht auszuschließen sind. Vor allem haben die programmatischen Alternativen potentieller Regierungsparteien in der „Republik der Mitte“ (Furet/Julliard/Rosanvallon 1988, 10f.) an Evidenz eingebüßt. Erstmals ging es bei den Präsidentschaftswahlen 1988 nicht mehr um abweichende Gesellschaftsentwürfe wie noch 1974 und 1981, geschweige denn um divergierende Regimekonzeptionen wie noch 1965 und 1969. In Grundsatzfragen hatten sich sozialistische, gaullistische und liberale Positionen angenähert, unterschieden sich eher in Nuancen als prinzipiell (Berstein 1991). Die gewonnene Klarheit, was die Zusammensetzung parlamentarischer Mehrheiten anbelangt, fand sich in den 80er Jahren aufgeweicht durch die abnehmende Schärfe der Programme und Projekte (Donegani/Sadoun 1998, 12ff.) und minderte die erhöhte Wirkkraft der Wahlentscheidung wieder.

Lesbarer als in den Vorgängerregimen sind die Strukturen des Parteiensystems. Die Zahl der politischen Kräfte, die im Parlament vertreten sind oder berechtigt darauf hoffen, hat sich reduziert. Sie haben sich organisatorisch gefestigt, untereinander bipolar aufgefächert und gegenüber Anti-System-Parteien auf nationaler Ebene abgegrenzt. In der 1956 gewählten *Assemblée nationale* bildeten Abgeordnete aus 15 Parteien 9 Fraktionen, zwischen 1958 und 1978 waren es noch 5 oder 6, seitdem 4 oder 5. Institutionelle Faktoren, die Rückkehr zum absoluten Mehrheitswahlrecht, seit 1962 die Direktwahl des Staatspräsidenten, begünstigten den Konzentrationsprozeß auf wenige relevante Parteien. Hinzu kamen Anziehungskraft und Vereinnahmungsstrategien gegenüber kleineren Gruppierungen, zunächst durch die Gaullisten im rechten, dann durch die Sozialisten im linken Lager, sowie die Aufschwungphase der „dreißig glorreichen Jahre“, die selbst wäh-

rend des Algerienkrieges breite Verteilungsspielräume zur Abdämpfung damaliger Modernisierungsfolgen erlaubte (Fourastié 1979, 27ff.).

Gleichwohl hat sich die vielzitierte *quadrille bipolaire* in Reinform als Episode der späten 70er und frühen 80er Jahre erwiesen. Wie beim Quadrille- oder Kontertanz, wo sich vier Tänzer im Karree gegenüberstehen, hatten sich damals zwei etwa gleich starke Blöcke herausgebildet, ein linker und ein rechter, mit jeweils zwei etwa gleich starken Parteien, PS und PCF bzw. RPR und UDF. Inzwischen sind sie einem *sextuor cacophonique* (O. Duhamel), einem mißtönenden Sextett, gewichen, je drei Regierungsparteien (PS, RPR, UDF) und drei Protestparteien (PC, Les Verts, FN), von denen zwei koalitionsfähig sind und eine außen vor bleibt (Charlot 1994, 86 u. 105). So wenig wahlssystemische Faktoren in den 60er und 70er Jahren allein für die Konzentration verantwortlich zeichneten, so wenig konnten sie in den 80er und 90er Jahren die parteipolitische Verfestigung neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien um Immigrations- bzw. Ökologiefragen verhindern<sup>6</sup>. Ohne die nationalen Machthebel zu verlieren (Höhne 1996, 127f.), haben doch PS, UDF und RPR merklich an Wählergunst eingebüßt: Über 80 Prozent der abgegebenen Stimmen bei den Legislativwahlen 1981 standen 1993 etwas weniger, 1997 etwas mehr als 60 Prozent gegenüber.<sup>7</sup> Sollten die „Großen Drei“ etwa politisch, institutionell und organisatorisch eher gewonnen, aber als gesellschaftlich anerkannte und verankerte Gebilde noch mehr verloren haben?

### *Repräsentationskrise und Staatsbürgerkultur*

Die Zweite Moderne, der sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Wandel, hat an den Grenzen des Hexagons nicht haltgemacht. Zentrale Pfeiler französischen Politikverständnisses, die ganze Ideenwelt nationaler Selbstverständlichkeit und nationalstaatlicher Gestaltungsfähigkeit, sind während der 80er und 90er Jahre ins Wanken geraten und nicht ohne Rückwirkungen auf die Parteien und deren Wahrnehmung geblieben: Das traditionelle Bild bruchloser Nationalgeschichte wurde mit den Verbrechen des Vichy-Regimes konfrontiert, der Weltmachtsanspruch und die westeuropäische Führungsrolle mit dem Ende des Kalten Krieges und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, das jakobinische Staatsverständnis der „einen und unteilbaren Republik“, der *République une et indivisible*, mit der Dezentralisierung und neuem Selbstbewußtsein peripherer und intermediärer Instanzen, die Vorstellung staatlicher Machbarkeit hoher Wachstumsraten mit den Zwängen globaler Vernetzungen und exportabhängiger Produktion, der Assimilationsdiskurs gegenüber regionalen oder ethnischen Minderheiten mit der Wirtschaftsflaute und der Sedentarisierung nord- und schwarzafrikanischer Arbeitsmigranten,

6 Vgl. den Beitrag von Joachim Schild in diesem Band.

7 Vgl. die Rubrik „Wahlergebnisse unter der V. Republik“ im Dokumentationsanhang.

schließlich die Auffassung einer primär vertikal gegliederten Klassengesellschaft mit dem Trend zur mehr und mehr horizontal differenzierten Ausgrenzungsgesellschaft, „in der es darauf ankommt dazuzugehören, sich in der Mitte und nicht am Rande zu bewegen“ (Touraine 1991, 8).

Gerade der verbreitete Eindruck, trotz mehrerer Regierungswechsel die sozio-ökonomische Dauerkrise nicht in den Griff zu bekommen, hat das Negativ-Image politischer Eliten und Parteien bekräftigt (Becker 1998, 734-742). Die meisten Schwierigkeiten sind nicht hausgemacht. Alle hochindustrialisierten westeuropäischen Gesellschaften sehen sich analogen Herausforderungen gegenüber, nicht zuletzt Tendenzen zu „Über- und Internationalismus“ (Ziebur 1993, 39), die einhergehen mit verengten Handlungsmargen einzelstaatlicher Politik im Zuge wachsender kultureller, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verflechtungen und Annäherungsprozesse. Spezifischer französisch als die Probleme selbst sind die Reaktionen darauf, die offenbar größeren Unsicherheiten der Politik, die höheren Erwartungen der Menschen an den geschwächten Staat, die stärkeren Bedürfnisse nach individueller, gruppenspezifischer oder nationaler Selbstvergewisserung, die als fremder empfundene Debatten über nationale Identität. Sie verweisen auf politisch-kulturell verinnerlichte Denk- und Handlungsmuster, auf ein Land mit – gemessen an der Bundesrepublik – stärkerer Traditionsprägung und höherer Sensibilität für historische Umbrüche (Picht 1993, 46).

Die vielbeschworene „Krise der Repräsentation“ ist auch für die V. Republik kein neues Thema. Bereits in den 60er Jahren, als die Wirtschaft florierte, als Entideologisierung und Mitte-Drift des Parteiensystems gar nicht auf der Tagesordnung breitenwirksamer öffentlicher Debatten standen, kennzeichneten fehlende Verbreitung und Intensität mentaler Bindungen der Franzosen an eine bestimmte Partei das politische Leben (Wright 1983, 163f.). Gegenüber Westdeutschland geringere Demokratiezufriedenheit, schwächere Parteiidentifikation, kritischere Einstellungen gegenüber dem politischen Führungspersonal liegen im Trend, sind weiterhin ebenso signifikant wie der höhere Anteil an Fürsprechern für mehr Gleichheit und Freiheit sowie die breitere Wahrnehmung eines Grabens zwischen staatsbürgerlicher Kultur und gelebter Realität (Schmidt 1997, 167).

Zu keinem Zeitpunkt, und auch das gilt bis heute, ließ sich die Politisierung der französischen Gesellschaft über die Parteibindung der Bürger bestimmen. Repräsentationskrise steht weder für „das ständig aufs Neue angekündigte Ende der politischen Ideologien“ (Bréchon 1994, 10f.) noch für den Zusammenbruch hochgradig verwurzelter Referenzsysteme, denken doch die Franzosen nicht weniger zahlreich als Anfang der 80er Jahre in Rechts-Links-Kategorien (Mossuz-Lavau 1994, 132). Keinesfalls meint sie wachsende politische Gleichgültigkeit oder das Ende von Streitkultur und Politik-Passion. Was das Gemeinwohl und die Grundzüge eines organisierten Zusammenlebens anbelangt, hat sich die Gesamtheit der Vorstellungen und

Werte in den letzten beiden Jahrzehnten als überaus stabil erwiesen (Donegani/Sadoun 1998, 217ff.).

Die Konsenspolitik hat nicht zu Konsens, sondern zu abermals erhöhter Komplexität geführt, im Parteiensystem selbst wie auch darüber hinaus. Seit einigen Jahren vermehrt registrierte direktdemokratische Partizipations- und Mobilisierungspraktiken stehen in langen Traditionslinien seit der Französischen Revolution. Die Etablierung moderner politischer Parteien, die in der Lage waren, Kräfteverhältnisse auf der Straße abzuschätzen, spontaner Unzufriedenheit politischen Sinn zu geben und Bewegungen für sich zu vereinnahmen, tat dem keinen Abbruch. Der Marsch durch parteipolitische oder gewerkschaftliche Institutionen betraf nie mehr als einen kleinen Teil der potentiell politisch Engagierten. Immer waren außerparteilich-situative Formen politischer Aktivität für die Beteiligten identitätsstiftend, festigten gruppenspezifische Zugehörigkeiten und Anschauungen. Immer waren sie allerdings auch Kinder ihrer Zeit (Tartakowsky 1995).

Die Vielzahl spektakulärer Protestwellen bzw. Großkundgebungen der 80er und 90er Jahre mit jeweils mehreren hunderttausend Menschen auf der Straße, daneben die Zunahme weniger sichtbarer, doch ebenso symptomatischer kleinerer Demonstrationen mit punktuelleren Anliegen in ganz Frankreich, lassen sich als schlagende Argumente gegen generalisierende Engagementskrisen und Depolitisierungsthesen ins Feld führen (Schild 1997, 152ff.). Auffällig sind – neben traditionelleren Protestansinnen – die Rücknahme regierungsamtlicher Gesetzesinitiativen und Reformvorhaben oder die Aufrechterhaltung berufsständischer Privilegien und Subventionszahlungen, die vielen massenmobilisierenden Aktionen mit staatsbürgerlicher Dimension oder die Verknüpfung beider Motive, wie sie in den wiederholten Schüler- und Studentenprotesten zutage trat.

Rassismus und Menschenrechte, Immigranten ohne Papiere und Arbeitslose ohne Wohnung, soziale und politische Misere benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen überhaupt, sind Themen, die hoch im Kurs stehen, die aufgeschlossene Jugendliche ansprechen und, wie zuletzt in der Bewegung „Stop la violence“,<sup>8</sup> zusammenbringen. Als Ausdruck einer erneuerten Staatsbürgervorstellung verschaffen sie sich auf der Straße oder in den Medien Gehör, um der Dringlichkeit der Probleme eine Stimme zu verleihen, um Öffentlichkeit und Politik zu beeindrucken (Water 1998, 175ff.). In die gleiche Richtung weist der hohe Politisierungsgrad jugendlicher Musikkulturen der 90er Jahre, das alternative Rockmilieu, vor allem die enorm erfolgreiche und breitenwirksame Rap-Szene. Rap versteht sich als Sprachrohr der Zu-

8 Zur Gründung Ende Februar / Anfang März 1999 vgl. das Dossier „Stop la violence! Le manifeste – Ces jeunes qui refusent la fatalité, in: *L'Événement du jeudi*, 4.3.99, S. 3 u. 52-59; zuletzt zu Etablierungs- und Mobilisierungsversuchen der Bewegung wie auch zur Gefahr politischer Vereinnahmung vgl. Marie-Pierre Subtil, „Stop la violence“ ou la recherche tâtonnante d'un nouveau militantisme, in: *Le Monde*, 13.5.99, S. 11 sowie das Dossier „Stop la violence à l'épreuve de la rue“, in: *Libération*, 29. / 30.5.99.

kurzgekommenen und Modell für die Gesamtgesellschaft, daß ein Zusammenleben von Franzosen verschiedener kultureller Ursprünge auf der Basis gemeinsamer Grundüberzeugungen für die gesamte Nation einträglich sein kann. Zwischen den Zeilen heftigster Klagen über aktuelle Misere schimmert die Verinnerlichung der Werte von 1789 durch, ein Bürgerverständnis etwa, das die Sorge um die *Cité* nicht allein den Pariser Parteien und Eliten überlassen mag, sondern zugleich durch eine aktive Politik der Straße manifestiert (Hüser 1997, 195ff.; Hüser 1999b, 285-289).

In der Krise steckt nicht das Interesse an Politik oder das klassische Koordinatensystem republikanischen Selbstverständnisses der Bürger, sondern elitenvermittelte Beteiligungsformen über Großorganisationen wie Parteien, die sich in Frankreich seit jeher mäßiger Resonanz erfreuten. Haben nun französische Parteien alles in allem an Stärke zugelegt, gemessen an den Vorgängern sich selbst und das Regierungssystem stabilisieren können (Suleiman 1995, 146ff.)? Oder gilt es seit Anfang der 60er Jahre, seit dem Übergang von der IV. zur V. Republik, einen letztlich bis heute anhaltenden Bedeutungsverlust zu konstatieren (Kempf 1997b, 303)?

\*\*\*

Tradition und Wandel lassen sich nicht gegeneinander ausspielen. Neben parteipolitischen Wandlungsprozessen sind auf der diachronen Ebene fortwirkende Tiefenkräfte wie auch gegenläufige Trends zu beobachten. Politisch, institutionell und organisatorisch haben Parteien in Frankreich durchaus an Bedeutung gewonnen. Doch augenscheinlich entsprach der Zunahme an Effizienz und Mitwirkung im politischen System kein vergleichbarer Trend, was gesellschaftliche Repräsentationskraft und kulturelle Verankerung angeht. Wäre nicht umgekehrt zu fragen, ob französischen Parteien das Einweben in sozio-kulturelle Netze erst recht schwer fällt, wenn sie politisch gewichtiger erscheinen? Fallen in einem Land mit lang erprobten und leicht aktivierbaren Antiparteienressentiments die Debatten um Parteienverdrossenheit und Repräsentationskrise auch deshalb heftig aus, weil sie im medienvermittelten Polit-Alltag präsenter sind als jemals zuvor? Ist der allseits betonte Wandel und das Ende der Exzeptionalität im Frankreich der Ära Mitterrand (Cole 1998, 9ff.) damit schlicht überbetont worden?

Klare Antworten sind schwierig, weil Beharrungspotentiale französischer politischer Kultur, die eine parteipolitische Wertschätzung erschweren, ähnliche Konsequenzen zeitigen wie aktuellere Transformationsprozesse über Frankreich hinaus. Überall im westlichen Europa stößt Politik an die Grenzen zunehmend autonomer gesellschaftlicher und kultureller Räume, durchgängig läßt sich die verringerte Bindungskraft von Parteien, Gewerkschaften, Ver-

bänden oder anderen Massenorganisationen erkennen. Doch wachsende europäische Gemeinsamkeiten in Werthaltungen, Erfahrungsräumen und Handlungspraktiken stehen nicht über, sondern neben der „Vielfalt von weiterbestehenden und sich oft auch neu entwickelnden, nationalen, regionalen, gesellschaftlichen Unterschieden der Strukturen, der Institutionen und Normen, der Mentalitäten und Lebensweisen“ (Kaelble 1997, 62). Sie können historisch geprägte politisch-kulturelle Spezifika ergänzen und relativieren, nicht aber ersetzen und ablösen.

Unter synchronen Vergleichsmomenten sind französische Parteien gegenüber deutschen weiterhin die organisations-, finanz- und mitgliederschwächeren Gebilde mit begrenzteren Verfassungsaufträgen, bescheideneren parlamentarischen Einwirkungschancen und beschränkterer Rolle als Karrierevehikel für Spitzenverwaltung und öffentlichen Dienst. Im stärker personalisierten und polarisierten, auch über außerparteiliche Partizipationsformen definierten politischen Leben sind sie gesellschaftlich weniger repräsentativ und kulturell weniger verankert. Da die Parteien beiderseits des Rheins ähnlichen Entwicklungen und Herausforderungen unterliegen, erscheinen deren Folgen in Frankreich auch deshalb dramatischer als in Deutschland, weil sich parteipolitisches Engagement dort traditionell auf vergleichsweise niedrigem Niveau bewegt. Ob dies mittelfristig das Regierungssystem in seinen Grundfesten erschüttert oder – umgekehrt – als Vorboten eine aktive Bürgergesellschaft mit formenreichen Demokratiepraktiken ankündigt, oder ob nicht letztlich über solchen argumentativen Fluchtpunkten „der Lufthauch des Zeitgeistes“ (Offerlé 1997, 121) weht, wird abzuwarten sein. Fest steht, daß bei allem Aufbruch der Tradition die Grenzen des Wandels eng gezogen bleiben und die Beschäftigung mit Besonderheiten französischer Parteien im Zeitverlauf seine Berechtigung und Bedeutung behält.